Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Windhoek Dialogue - Dialogue de Windhoek

UPADD / UAPDD
(Union of African Parties for Democracy and Development)
(Union des partis africains pour la démocratie et le développement)

Erklärung von Berlin

„Freie und gerechte Wahlen in Afrika“

Die Teilnehmer der Versammlung des Windhoek-Dialogs (UPADD-EVP-ED) am 7. Mai 2007 in Berlin

- unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte,
- unter Hinweis auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte,
- unter Hinweis auf die Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker,
- unter Hinweis auf die Afrikanische Erklärung zur Durchführung freier und gerechter Wahlen,
- unter Hinweis auf die 2002 angenommene Erklärung der OAU zu den Prinzipien für demokratische Wahlen in Afrika,
- unter Hinweis auf die Charta der Afrikanischen Union für Demokratie, Wahlen und Staatsführung (2007),
- unter Hinblick auf die Normen und Werte, die auf die Wahlprozesse, die von der ECOWAS angenommen wurden, sowie in den Ländern der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SDAC) anwendbar sind (2001),
- unter Hinblick auf die Gründungsakte des Windhoek-Dialogs von 1996;

unter Feststellung der Tatsache, dass die afrikanischen Länder in ihren nationalen Rechtsprechungen diese verschiedenen internationalen und regionalen Instrumente und Prinzipien angenommen haben;

unter Feststellung der Tatsache, dass in zahlreichen Ländern Afrikas regelmäßig freie, gerechte und transparente Wahlen stattfinden;

Rue Wiertz 60 - B-1047 Bruxelles
Internet address: http://www.epp-ed.eu

im Bewusstsein, dass die sich wiederholenden Krisen in vielen Ländern die vereinbarten Bemühungen jedoch bremsen und folglich nicht dazu geeignete sind, demokratische Wahlen zu fördern;

unter Feststellung der Tatsache, dass trotz der Implementierung dieser Prinzipien, Normen und Regelungen in bestimmten Ländern auch weiterhin Unzulänglichkeiten herrschen, insbesondere:

- die Missachtung des Prinzips der Durchführung freier und gerechter Wahlen als einzige legitime Basis für die Machtausübung,
- Schwächen und Widersprüche auf konstitutioneller, legislativer und institutioneller Ebene,
- das Fehlen eines breiten politischen Konsens in Bezug auf die Aufstellung der Kandidaten sowie die Auswahl und Nominierung der Mitglieder der nationalen Wahlkommissionen,
- die willkürliche Anwendung der geltenden Regelungen zum Vorteil der Macht habenden Partei,
- die Bereitstellung öffentlicher Gelder und des Regierungsapparates, einschließlich Beamte und Angestellte, zum Vorteil der Macht habenden Partei,
- der missbräuchliche Einsatz von offiziellen Medien und das Fehlen unabhängiger Medien oder die Manipulation selbiger,
- das Fehlen von politischer Bildung und von einer angemessenen Aufklärung der Wähler,
- die Organisation von Einschüchterungskampagnen mit Einsatz von Gewalt, manchmal unter Mitwirkung der Polizei, der Armee und des Nachrichtendienstes,
- Fälle von absichtlichem Missmanagement in den einzelnen Etappen des Wahlprozesses: Aufstellung von Wahllisten, Abgrenzung von Wahlbezirken, Benennung von voreingenommenen örtlichen Verantwortlichen, ungeeignete Aufstellung der Wahlbüros, unzureichendes Wahlmaterial, Fehler beim Wahlablauf und Korruption von örtlichen Verantwortlichen, mangelnde Transparenz bei der Stimmenzählung und bei der Aufstellung der örtlichen Resultate,
- der Rückgriff auf Nepotismus, Einschüchterung und Korruption zur Kompromittierung der Judikative;

- in der Überzeugung, dass bestimmte Verantwortliche von afrikanischen Staaten den politischen Willen haben, sich mit aller Entschlossenheit für einen demokratischen Prozess zu engagieren, der den politischen Dialog und die Rechtsstaatlichkeit fördert;

- in der Überzeugung, dass freie und gerechte Wahlen den Völkern Afrikas den Zugang zu einer demokratischen Regierungsführung und zu Stabilität, Frieden, Entwicklung und Wohlstand ermöglichen würden,

- in der Überzeugung, dass nur wirklich demokratische und stabile Staaten auf internationaler Ebene an Glaubwürdigkeit und Ansehen gewinnen, weil sie ein Umfeld haben, das bessere Voraussetzungen bietet, um die Wünsche der Menschen zu verwirklichen,

aus diesen Gründen,

- indem wir alle Akteure, politisch verantwortlichen Behörden, Parteien und Zivilgesellschaften dazu aufrufen, diese Probleme zu lösen, um die Gerechtigkeit des Wahlprozesses vor, während und nach der Wahl sicher zu stellen, und zwar durch die Etablierung eines rechtlichen und politischen Rahmens, der dazu geeignet ist, den Willen der Völker zu verkörpern;

- in dem wir daher alle Regierungen dazu aufrufen, die Charta der Afrikanischen Union vom Januar 2007 für Demokratie, Wahlen und Staatsführung sowie die 2002 angenommene Erklärung der Afrikanischen Union zu den Prinzipien für demokratische Wahlen in Afrika umzusetzen; indem wir außerdem fordern, die Normen und Werte, die die Wahlprozesse in der Region des südlichen Afrika regeln, auf ganz Afrika auszuweiten;

- indem wir die Regierungen und die politischen Parteien dazu auffordern, geeignete Rahmenbedingungen für die politische Bildung und Aufklärung unserer Mitbürger auf allen Ebenen zu schaffen;

Fordern wir unsere nationalen wirtschaftlichen und politischen Akteure dazu auf, sich positiv für die Lösung der Probleme im Zusammenhang mit freien, gerechten und transparenten Wahlen einzusetzen;

Fordern die Interessenvertreter des Windhoek-Dialogs ihre internationalen Partner dazu auf, engagierte Schritte in diese zukunftsträchtige Richtung

zu unternehmen und die Realisierung freier, gerechter und transparenter Wahlen mit allen erforderlichen Hilfsmitteln zu unterstützen;

Danken wir denjenigen Regierungen, die den Bürgerdialog aktiv fördern, was bereits zu einem wachsenden Engagement der Bürgerinnen und Bürger für eine verantwortliche Staatsführung geführt hat und

Ermutigen wir die afrikanischen Staaten, die sich in einer Krise befinden, sich mit aller Entschlossenheit für einen politischen Dialog und für die Organisation freier, gerechter und transparenter Wahlen einzusetzen, denn sie sind die wichtigsten Mittel für den Weg aus der Krise und für die Wiederherstellung von Frieden, Stabilität und nationaler Eintracht.